Erläuterungen zum Entwurf der Baumschutzverordnung des Landkreis Oder-Spree 2010, Stand 31. August 2010

Vorbemerkung

Die Baumschutzverordnung des Landes Brandenburg in der Fassung vom 29.06.2004 ist befristet. Nachdem sie einmal verlängert wurde, läuft sie am 31.12.2010 endgültig aus; eine nochmalige Verlängerung ist nicht zu erwarten. Ohne kreiseigene Regelung würden viele Bäume im Landkreis ab 31.12.2010 nicht mehr geschützt sein.

Mit dem Entwurf der Baumschutzverordnung werden folgende Ziele erreicht:

- Beibehaltung des Schutzes für die Bäume im Außenbereich, die bisher durch die Baumschutzverordnung des Landes geschützt sind,
- Beibehaltung des Schutzes in den Gemeinden, die keine eigenen Baumschutzregelungen getroffen haben

Zugleich erfolgt eine

- Aktualisierung und Modernisierung der Regelungsinhalte anhand der laufenden verwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung und des neuen Bundesnaturschutzgesetzes (das BNatSchG trat am 1. März 2010 in Kraft).

Hinweise zum Verfahren

Anders als bei Satzungen sind neben § 28 Abs Nr. 9, § 131 Abs. 1 BbgKVerf und der Bekanntmachungsverordnung die spezial-gesetzlichen Regelungen der §§ 27- 29 Brandenburgisches Naturschutzgesetz für das Ausweisungsverfahren zu beachten.

Nach diesen Regelungen gliedert sich das Verfahren in eine Beteiligung der Träger öffentlicher Belange am Entwurf und eine öffentliche Auslegung des Entwurfes.

Mit dem Auslegungsbeschluss des Kreistages (geplant am 24.11.2010) und der folgenden Bekanntmachung der Auslegung des Verordnungsentwurfes soll die Möglichkeit des Inkraftsetzens einer „Veränderungssperre“ genutzt werden. Damit sind alle Handlungen verboten, die geeignet sind, den Schutzgegenstand nachteilig zu verändern. Maßgeblich ist der Verordnungsentwurf.

Die Schutzwirkung tritt also mit Bekanntmachung der Auslegung des Entwurfs noch im Jahr 2010 in Kraft (geplant zum 31.12.2010). Sie ist vorläufiger Natur. D.h. dass der Entwurf nicht endgültig ist.

Nach Beendigung der Auslegung Ende Januar 2011 wird dem Fachausschuss und dem Kreissausschuss ein Abschlussbericht mit Abwägungsvorschlägen zu den Einwänden und Bedenken, die sich aus der Trägerbeteiligung und der öffentlichen Auslegung ergeben haben, vorgelegt. Danach kann der überarbeitete Verordnungsentwurf dem Kreistag zur endgültigen Beschlussfassung vorgelegt werden.

Zum Entwurf sind ferner die anerkannten Naturschutzverbände und der Naturschutzbeirat zu hören.

Erläuterung des Verordnungstextes im Einzelnen:

Die Nummerierung entspricht den roten Hochziffern im Verordnungsentwurf:

1. Der Schutzbereich entspricht der bisherigen Regelung; weitere Unterteilungen nach Baumarten oder dgl. werden bewusst vermieden, da mit den Freistellungen in § 2 weitergehende Differenzierungen getroffen werden.
2. Die Regelung entspricht der bisherigen, die Änderungen betreffen nur die Aktualisierung der geltenden, gesetzlichen Grundlagen.
3. Satz 2 ist neu und wird nach vorhandenen Vorbildern, z.B. der Baumschutzregelung der Stadt Potsdam, aufgenommen, um für Bäume mit einem niedrigen Kronenansatz und mehrstämmige Bäume eine praktikable Regel zu schaffen.
4. Die in der Landesbaumschutzverordnung enthaltene Formulierung der Freistellung von Grundstücken mit Wohnbebauung wird durch eine andere ersetzt. Freigestellt werden sollten laut offizieller Verlautbarung zur Landesbaumschutzverordnung aus dem Jahr 2004 Ein- bis Zweifamilienhausgrundstücke. Der Begriff in der BaumSchVBbg „vorhandene Wohnbebauung“ stellte jedoch nicht klar, dass z.B. gewerbliche genutzte Grundstücke, die auch eine untergeordnete Wohnnutzung aufweisen, nicht von der Freistellung erfasst sind. Die Änderung dient der Rechts- und Vollzugssicherheit und führt die bisherige Freistellung fort.
5. Der Entwurf sieht vor, die bisherige Beschränkung auf die Baumarten Eiche, Ulme, Platane, Linde und Rotbuche durch Einbeziehung der Arten Hainbuche, Maulbeerbaum und Esskastanie zu erweitern, da es sich bei diesen Baumarten um ökologisch und gestalterisch wertvolle, seltene Laubbaumarten handelt, die ein hohes Alter erreichen können.
6. Es wird vorgeschlagen, auf privaten Wohngrundstücken unter Punkt 5 genannte wertvolle Laubbaumarten ab einem Stammumfang von 1,20 m zu schützen. Denn es gab und gibt fast keine Bäume auf privaten Wohngrundstücken mit einem Stammumfang von 1,90 m, so dass die seit 2004 geltende Regelung weitgehend ins Leere ging und damit sinnlos war.
7. Da abgestorbene Bäume nach geltender Rechtsprechung nicht vom Regelungsbereich einer Baumschutzverordnung oder –satzung erfasst werden dürfen, erfolgte diese klarstellende Korrektur. Die derzeitige Landesbaumschutzverordnung war in diesem Punkt nicht eindeutig, dies wird hier klargestellt.
8. Es wird klargestellt, dass die Walnuss, die Eberesche, das Wildobst und die echte Kastanie nicht zu den Obstbäumen gehören.
9. Der erst im Jahr 2004 in der Landesbaumschutzverordnung eingeführte Begriff „besiedelter Bereich“ ist unbestimmt. „Freie Landschaft“ bezieht sich hingegen auf 44 BbgNatSchG und ist eindeutig definiert. Es handelt sich um Grundstücke und Flächen außerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile sowie um die Grundstücke im Außenbereich, sofern sie nicht zum privaten Wohnbereich oder zu einem gewerblichen Betrieb gehören (OVG Berlin-Brandenburg, B. v. 14.10.2004, Az 3a B 255/03). Die Änderung dient also der Rechtsklarheit und der Bestimmtheit des Anwendungsbereiches.

10. Der Entwurf sieht vor, dass Bäume, die in denkmalgeschützten Parkanlagen wachsen, von der Anwendung ausgenommen werden. Dies sind z. B. die Parkanlage in Alt Madlitz, die Gutsanlage Eibenhof in Bad Saarow, die Villenanlage Klein Sanssouci in Bad Saarow, der Park in Steinhöfel, das Herrenhaus mit Park in Groß Rietz, die Villenanlage mit Park in Grünheide, der Schlosspark Kossenblatt, der Schlosspark Lindenberg, der Klosterpark Neuzelle, der Gutspark Ragow, der Gutspark Sauen, die Parkanlage Hubertushöhe in Storkow sowie das Fidus-Haus mit Garten in Woltersdorf. Bei diesen Anlagen haben gartendenkmalpflegerische Gesichtspunkte Vorrang.
11. Die Möglichkeit, weitere Parkanlagen u. ä. Anlagen aus dem Regelungsbereich herauszunehmen, entspricht mit geringen Formulierungsänderungen der bisherigen Regelung.
12. Die Ämter, Gemeinden und Städte können Baumschutzregelungen für die im Zusammenhang bebauten Ortsteile und den Geltungsbereich von Bebauungsplänen erlassen. Diese Regelungen gehen der kreislichen Baumschutzverordnung vor. Die Städte Beeskow, Erkner, Fürstenwalde und Eisenhüttenstadt, die Gemeinden Grünheide und Schöneiche b. Berlin, das Amt Spreenhagen sowie das Amt Scharmützelsee haben Baumschutzregelungen getroffen. Die Gemeinden vollziehen auch das Verbot des Abschneidens und Rodens der durch ihre Satzungen geschützten Gehölze während der Brut- und Nistzeit vom 1. 3. bis 30.9. eines Jahres. Damit die anderen Kommunen ebenfalls von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, sind in allen Kommunen die im Zusammenhang bebauten Ortsteile und die Geltungsbereiche von Bebauungsplänen vom Anwendungsbereich dieser Verordnung ausgenommen (siehe § 2 Abs. 1 Nr. 1).
13. Entsprechend der Rechtsprechung zu Baumschutzregelungen werden Verbotstatbestände in Absatz 1 und freigestellte Handlungen in Absatz 2 genauer gefasst.
14. Die Baumfällgenehmigung ist eine gebundene Entscheidung (Kontrollerlaubnis). Daher war die Formulierung in der Landesbaumschutzverordnung „kann... erteilt werden“ nicht richtig und entsprach auch nicht den Musterbaumschutzsatzungen der kommunalen Spitzenverbände. Die Korrektur erfolgt gemäß der Kommentierung zum Naturschutzrecht.
15. Die Landesbaumschutzverordnung sah nicht vor, dass bei der Entnahme von untergeordneten Bäumen als Maßnahme zur Freistellung wichtiger Bäume auf eine Ersatzpflanzung verzichtet werden kann. Die Möglichkeit wird nun ausdrücklich aufgenommen.
16. Die Begriffe „gebietsheimisch“ und „standortheimisch“ sind Rechtsbegriffe aus dem Naturschutzrecht (§7 (2) Nr. 8 BNatSchG, § 40 (1) BbgNatSchG. Der Begriff „fremdländisch“ ist hingegen unbestimmt und nicht verwendbar.
17. Die neuere Rechtsprechung (OVG Rheinland-Pfalz, OVG Berlin-Brandenburg zur Berliner BaumSchV , OVG Nordrhein-Westfalen) zeigt einen sich verstärkenden Trend, höhere Anforderungen an die Bestimmungen zu Umfang von Ersatzpflanzungen zu stellen. Die Entscheidung über die Anordnung von Ersatzpflanzungen muss in einem ausgewogenen Verhältnis zwischen privatem und öffentlichem Nutzen des Eigentums erfolgen, eine übermäßige und unzumutbare Belastung muss vermieden werden. Der Antragsteller muss zudem erkennen können, mit welchen Ersatzpflanzungen er zu rechnen hat. Eine Berechnung der Ersatzpflanzungen anhand des Stammumfangs und der ökologischen Bedeutung ist allgemein anerkannt. Es wird die seit 2001 intern praktizierte Berechnung im

Wesentlichen übernommen, da sie sich bewährt hat und in ähnlicher Weise in modernen Baumschutzregelungen vorhanden ist. Maßgeblich für die Bemessung sind der Stammumfang, die ökologische Bedeutung des Baumes und die Schadstufe (Schadstufenbestimmung nach den anerkannten Kriterien der Forschungsgesellschaft für Landschaftsentwicklung Landschaftsbau e.V. (FLL), der Regelwerksgeber für den Garten- und Landschaftsbau).

18. Die bisherige Regelung zur Ausgleichszahlung wird beibehalten. Im neuen Bundesnaturschutzgesetz wurde diese Möglichkeit jetzt ausdrücklich geregelt:

§ 29 des neuen Bundesnaturschutzgesetzes vom 29.07.2009, BGBl. I S. 2542:
„Für den Fall der Bestandsminderung kann die Verpflichtung zu einer angemessenen und zumutbaren Ersatzpflanzung oder zur Leistung von Ersatz in Geld vorgesehen werden.“

19. Die Möglichkeit der Befreiung, wenn keine Genehmigung erteilt werden kann, richtet sich nach den unmittelbar geltenden gesetzlichen Regelung, früher § 72 BbgNatSchG, jetzt § 67 Bundesnaturschutzgesetz.